

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/55

Bonn, den 21. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Politik ohne Herz ?</u> ----- Die Kohlenkrise ist mit dem Rechenstift allein nicht zu lösen	20
1	<u>Das Chinageschäft...</u> ----- ... und seine möglichen Folgen	26
2 - 2a	<u>Kardinal Clemens August Graf von Galen</u> ----- Zum Gedenken an den 20. Todestag des Bischofs von Münster Von Dr. Heinz Kernetzki	70
3	<u>Vom "Jein" zum "Nja"</u> ----- Wer einen Zuschuß will, darf nicht locker lassen Kai Uwe von Hassel und das Freibad in Herbolzheim	46
4 - 5	<u>Kontrollproblem: Unterirdische Atomversuche</u> ----- Schwedische Initiative zur Schaffung eines "Detection Club" erfolgreich Vox Pierre Simonitsch, Genf	66
6	<u>Nach dem Sturz Nkrumahs</u> ----- Der Mann im Hintergrund der ghanaischen Politik	41

## Politik ohne Herz ?

Die Kohlenkrise ist mit dem Rechenstift allein nicht zu lösen

sp - Es gibt Politiker, die sich klug und weise vorkommen, wenn sie verkünden, Politik müsse ohne Herz, also "rein wissenschaftlich", gemacht werden. So z.B. auch der Bundesgeschäftsführer der FDP, MdB Friderichs, der in der Energiedebatte des Bundestages erklärte, "Wir sollten uns mit aller Gewalt davor hüten, zu glauben, Kohlepolitik mit Herz machen zu wollen". - Dieses Wort kennzeichnet mehr als viele Versammlungsreden, wie wenig Männer vom Schlage Friderichs begreifen, daß die Kohlenkrise nicht nur mit dem Rechenstift gelöst werden kann. Gewiß, harte Zahlen sind die Grundlage vorausschauender Berechnungen. Aber jeder Politiker sollte wissen, daß Politik den Menschen zu dienen hat. Auch die Wirtschaftspolitik eines modernen Industriestaates erschöpft sich nicht in der Aufzählung von Gewinn- und Verlustzahlen. Genausowenig wie es eine von der gesamten Energiepolitik losgelöste Kohlepolitik gibt und ebensowenig wie es eine isolierte Post- oder Bahnpolitik gibt, genausowenig darf der Mensch, um dessen Schicksal es ja bei all diesen Problemen geht, außer Acht gelassen werden. Der Mensch muß im Mittelpunkt aller Überlegungen politischer Art stehen. Hoffentlich war die Bemerkung des Herrn Friderichs nur ein Ausrutscher, denn wenn seine Betrachtungsweise der Kohlenkrise Schule machen sollte, dann müßte man logischerweise den Menschen gleich durch Roboter ersetzen.

## Das Chinageschäft...

... und seine möglichen Folgen

sp - Dem kommunistischen China ist ein großer Einbruch im Ost-West-Handel gelungen. Seit die Sowjetunion ihren Handel mit dem mächtigen kommunistischen Nachbarn und Rivalen fast auf ein Minimum reduziert, ihre Berater und Techniker aus dem Reich der Mitte zurückzog und Kredite verweigerte, war Peking auf der Suche nach Ersatz in den von ihm als "imperialistisch" verschrienen Ländern angewiesen. Nicht ohne Erfolg, wie der bevorstehende Abschluß eines Abkommens über die Errichtung eines Stahlwerkes beweist. Deutsche und französische Firmen sind daran beteiligt, die Bundesregierung verbürgte sich im Rahmen der Hermes-Garantien mit dem Betrag von 350 Millionen DM. Dieses Kreditvolumen übersteigt die gesamte Ausfuhr der Bundesrepublik nach China im vergangenen Jahr. Westliche Firmen übernehmen hier die Rolle der Sowjetunion, springen für den Aufbau einer chinesischen Großindustrie als Lückenbüsser ein - ein noch vor Jahren nicht denkbare Paradoxon. In den USA hat die Ankündigung über den bevorstehenden Abschluß dieses Geschäftes recht zwiespältige Aufnahme gefunden. Weite Kreise der Öffentlichkeit erblicken darin vor dem Hintergrund der USA-Auseinandersetzungen mit China, dem Protektor des Vietkong, einen unfreundlichen Akt. Der US-Außenminister Rusk äußerte die Hoffnung, alle "Beteiligten" mögen die Sache noch einmal überdenken. Dafür dürfte es wohl schon zu spät sein. China kann einen großen Erfolg verbuchen. Das Verlangen, den China-Markt zu erschließen, überwog alle politischen Bedenken und Rücksichten. Es muß sich noch erweisen, ob eine solche kurzfristig angelegte Sicht dem Gebot politischer Klugheit entspricht. Das Gegenteil scheint eher der Fall zu sein. In Peking muß sich der Eindruck verstärken, die westliche Welt lasse sich auseinanderdividieren und China könnte die USA in die Isolierung drängen.

Kardinal Clemens August Graf von Galen

Zum Gedenken an den 20. Todestag des Bischofs von Münster

Von Dr. Heinz Kornetzki

Wer sich um die historische Klärung des problematischen Themas "Katholische Kirche und Nationalsozialismus" bemüht, kann nicht umhin, an jenen kraftvollen Kirchenmann zu erinnern, der vor 20 Jahren, am 22. März 1946, gestorben ist: Kardinal Clemens August Graf von Galen, der Bischof von Münster. Selbst der unbequeme Kritiker Guenter Lewy, der Professor für politische Wissenschaft an der Universität von Massachusetts, nennt in seiner umstrittenen Untersuchung den westfälischen Grafen einen "mutigen Kritiker des NS-Regimes", dessen Predigten und Proteste zu Recht berühmt seien.

Die braunen Machthaber hatten zunächst in dem Patrioten und Nationalisten Galen einen Anhänger Hitlers vermutet. So gaben denn auch Hakenkreuzfahnen und SA-Formationen dem Bischof zu dessen Weihe am 28. Oktober 1933 demonstrative Ehre. Bereits ein Jahr später, 1934, begann der damals 56-jährige Oberhirte, gegen das Regime zu opponieren. In der Oktober-Ausgabe des Münsterschen Diözesanblattes veranlaßte Galen die Veröffentlichung einer harten Kritik an Rosenbergs "Mythos des XX. Jahrhunderts", in dem der Rassenwahn des Dritten Reiches grundgelegt war.

Drei Jahre später legte sich der Bischof mit Gestapo und Propagandaministerium an. Er verweigerte den Abdruck eines propagandistischen Artikels. Sein Blatt wurde verboten. Im gleichen Jahr protestierte Galen in einer Predigt gegen die von den Nazis verfügte Auflösung der katholischen Organisationen. Als Gestapochef Heydrich die ersten Morde an Regimegegnern verfügte, predigte Galen in Xanten von "frischen Gräbern", unter denen die Asche von Männern ruhe, die für die deutschen Katholiken Märtyrer des Glaubens seien. Es war die Zeit, da in Berlin Klausener in seinem Büro erschossen wurde. Der Politik-Historiker Lewy zu Galens Xantener Predigt: "Das war die einzige Äußerung eines deutschen Bischofs, die einem öffentlichen Protest nahekam."

Die dramatischen Höhepunkte des geistigen Widerstandes waren Galens Predigten in Münsters Lambertikirche im Juli und August 1941.

Galen verurteilte unter persönlicher Lebensgefahr rigoros die Gewalt- herrschaft der Gestapo, die Morde in den Konzentrationslagern und die Tötung Geisteskranker. Lewy schildert die dramatischen Ereignisse um diese Predigten:

- \* "Dieser öffentliche Protest schlug ein wie eine Bombe. Die An- klage Bischof Galens, besonders seine Hinweise auf die vom To- de bedrohten Invaliden und Schwerverwundeten, breiteten sich
- \* aus wie ein Lauffeuer. Bis in den letzten Winkel Deutschlands
- \* hinein und auch an der Front wurden gedruckte Exemplare der
- \* Predigt Galens vom 3. August verteilt. Der Protest des Bi- schofs hatte ein solches Echo hervorgerufen und ihn zu einer
- \* so populären Persönlichkeit gemacht, daß die Regierung sich
- \* außerstande sah, gegen ihn vorzugehen."

Es ist dokumentarisch erwiesen, daß damals im Führerhauptquar- tier erwogen wurde, den Bischof von Münster aufzuhängen. Aber Hitler fügte sich schließlich dem Rat seines Propagandaministers Goebbels, Galen aus psychologischen Gründen vorerst zu schonen. Die Auswirkung der Galen-Predigt war sensationell: Hitler verfügte, die Euthanasie als großangelegtes Programm einzustellen. Freilich ging sie als Nacht- und Nebel-Aktion weiter.

Der "Löwe von Münster", Galen, gehört wie der Münchner Kardi- nal Faulhaber zu den markanten und couragierten Gegnern des NS-Re- gimes im deutschen Klerus, wenn auch dem kurz vor seinem Tode von Pius XII. zum Kardinal ernannten Bischof gelegentlich der "patrio- tische Gaul" durchging. So etwa, wenn er anlässlich der Besetzung des Rheinlandes durch die Wehrmacht im Namen der "treudeutschen Katholiken" ein Grußtelegramm an den Oberbefehlshaber des Heeres schickte, oder wenn er - wie aus Portmanns Biographie ersichtlich - immer wieder von seiner Hoffnung auf einen deutschen Sieg schrieb.

Nec laudibus, nec timore - Laß dich weder durch Lob noch durch Tadel beirren!, das war der Imperativ, den sich Kardinal Galen selbst gab. Vom Ramsch billiger Kalenderweisheiten unterschied er sich da- durch, daß er - wie Rochus Spieker sagte - "wie ein Funke ins Aber- teuer wesentlicher Gründe lockt". Galens Haltung in einer historisch längst nicht ausgeleuchteten Zeit läßt sich respektvoll registrie- ren, keineswegs endgültig bewerten. Die Problematik des Terrors war zu gewaltig, um Lob und Tadel gültig ansetzen zu können bei einem Mann, der in der Nachtzeit Deutschlands einen Weg beschrift, den nur ganz wenige gingen.

Vom "Jein" zum "Nja"

Wer einen Zuschuß will, darf nicht locker lassen

H.F.-er - Die Bundeswehr pflegt für Sportstätten, die auch den Soldaten zur Verfügung stehen, Zuschüsse zu geben. Für Schwimmhallen etwa, aber auch für Freischwimbäder. In den Finanzierungsplänen steuerschwacher Gemeinden spielen diese Zuschüsse und Finanzhilfen, die die Wehrbereichsverwaltungen im Einvernehmen und nach Weisung des Verteidigungsministeriums gewähren, oft eine bedeutsame Rolle. Ein Schönheitsfehler ist es nur, daß (zumindest von Fall zu Fall) die Finanzhilfe einem Glücksspiel gleichkommt. Das mußten beispielsweise die badische Stadt Herbolzheim und der Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Rinderspacher erfahren, die nur deshalb nach jahrelangen Bemühungen zum Ziele kamen, weil sie einfach nicht locker ließen, als ein Zuschuß für ein Freibad mit wechselnden Begründungen abgelehnt wurde:

Wehrbereichsverwaltung V, 6. Juni 1963:

- \* "... daß aufgrund der derzeitigen sehr angespannten Haushaltslage
- \* des Bundes im laufenden Haushaltsjahr und im Haushaltsjahr 1964
- \* für Ihr c.g. Vorhaben keine Bundesmittel zur Verfügung gestellt
- \* werden können."

Wehrbereichsverwaltung V, 25. Mai 1964:

- \* "Der Herr Bundesminister für Verteidigung hat aufgrund der neuen
- \* Richtlinien eine Förderung des Freischwimbades Herbolzheim mit
- \* einer Bundesfinanzhilfe abgelehnt. Er begründet seine Ablehnung
- \* damit, daß im allgemeinen die verhältnismäßig kurze Benutzungszeit
- \* des Freibades (nur in Sommermonaten) in keinem Verhältnis zu dem
- \* sich bietenden Nutzen steht."

Bundesverteidigungsminister von Hassel, Wahlkampfbesuch im August 1965:

- \* "Wohlwollende Prüfung wird zugesagt."

Bundesverteidigungsministerium (Ministerialdirektor, 4. Febr. 1966:

- \* "... Der Gewährung einer Bundesfinanzhilfe steht schon der Umstand
- \* entgegen, daß Ihr Freibad inzwischen fertiggestellt worden ist.
- \* Nach den geltenden Bestimmungen dürfen nämlich für abgeschlossene
- \* Bauvorhaben keine Finanzhilfen gegeben werden."

Bundesverteidigungsminister von Hassel (Antwort auf parlamentarische Anfragen von MdB Dr. Rinderspacher) 10. März 1966:

- \* "... Da aber bereits zu Beginn der Planungsberatungen der Stadt
- \* seitens des Standortältesten ein Interesse der Bundeswehr an der
- \* Errichtung eines Freibades bekundet wurde, ohne gleichzeitig auf
- \* die formellen Erfordernisse hinzuweisen und der Bescheid der Wehr-
- \* bereichsverwaltung vom 6. 6. 1963 keine grundsätzlich ablehnende
- \* Stellungnahme enthielt, bin ich ausnahmsweise bereit, wegen dieses
- \* Umstandes die Genehmigung für einen Zuschuß zu erteilen."

Und noch ein Schönheitsfehler: Ehe die Antwort des Ministers bei MdB Dr. Rinderspacher war, lag bei der Redaktion der "Badischen Zeitung" in Freiburg die Meldung vor, das Bundesverteidigungsministerium habe auf die langwierigen Bemühungen des C D U - MdB B. wegen eines Zuschusses positiv geantwortet. - Weiterer Kommentar: Überflüssig!

Kontrollproblem: Unterirdische Atomversuche

Schwedische Initiative zur Schaffung  
eines "Detection Club" erfolgreich

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die schwedische Idee eines internationalen "Klubs" zur Entdeckung und Identifizierung von unterirdischen Atomversuchen, durch welchen der Abschluß eines vollständigen Teststops erleichtert werden soll, nimmt Gestalt an. Im Laufe des Monats Februar bereisten zwei schwedische Delegierte, der Seismologe Ulf Ericsson und der Diplomat Axel Edelstram, die Hauptstädte Australiens, Indiens und Japans. Diese Staaten, zu denen sich noch Kanada und natürlich Schweden selbst gesellen, wollen in absehbarer Zeit den Grundstock des "Detection Club" bilden.

Die Schweden sind von der Erkenntnis ihrer Forschungen ausgegangen, daß sich eine unterirdische Atomexplosion von der Brisanz einer Kilotonne TNT (d.h. 1 000 kg Trinitrotoluen) mittels empfindlicher Seismographen noch in 10 000 Kilometer Entfernung aufzeichnen läßt. Kein Land wäre also groß genug, um einen Kernversuch von einigem praktischen Wert geheimzuhalten - die davon ausgehende Erschütterung kann nicht völlig auf dem eigenen Territorium absorbiert werden. Auch die Unterscheidung einer Explosion von einem natürlichen Erdstoß ist nicht mehr besonders schwierig, weil die entstehenden Wellen unterschiedliche Charakteristiken aufweisen. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die von den Amerikanern fast wöchentlich unternommenen unterirdischen Atomversuche in Nevada eine Größenordnung von etwa 20 Kilotonnen TNT haben.

Atomversuche in der Atmosphäre und unter Wasser lassen sich infolge der eintretenden radioaktiven Verseuchung leicht feststellen, daher warf das Verbot dieser Experimente keinerlei technische Probleme auf. Über die Identifizierbarkeit der unterirdischen Nuklearexplosionen aus großer Entfernung dagegen sind sich Russen und Amerikaner nicht einig. Während die sowjetischen Sprecher behaupten, die "nationalen Mittel" würden zur Feststellung derartiger Versuche genügen, bestehen die Amerikaner auf einer bestimmten Anzahl von Kontrollinspektionen zur Ausschaltung jeden Zweifels. Dieses Verlangen wiederum wird von den Sowjets als Spionageversuch abgelehnt.

Man wird kaum mit der Annahme fehlgehen, daß sowohl in den USA als in der Sowjetunion einflußreiche Kreise an einer Einstellung aller Atomversuche gar nicht interessiert sind und sich deshalb bereitwillig in die scheinbare Fatalität der technischen Meinungsverschiedenheiten fügen. Wie kann nun der tote Punkt überwunden werden? Die schwedische Initiative läuft auf die Schaffung einer Art Staatengürtel um die beiden großen Atomkräfte hinaus - daher die sorgsame Wahl der Klubmitglieder nach geographischen (und natürlich auch politischen) Gesichtspunkten. Der Rest ist eine Frage der technischen Einrichtungen und der politischen Lauterkeit. Sollte es dem "Detection Club" gelingen, die zum vertraglichen Verbot der unterirdischen Atomversuche unentbehrlichen Kontrollmöglichkeiten zu beweisen, so dürfte eigentlich einer Kompletzierung des Moskauer Teststoppabkommens von 1963 nichts mehr im Wege stehen. Ein solches weltweites Verbot aller Atomversuche kann in seiner Wirkung einem Atomsperrvertrag gleichgesetzt werden, weil es heute einem Nichtatomstaat infolge der eingetretenen Verfeinerung der Kernwaffen so gut wie unmöglich ist, A-Bomben ohne jede praktische Erprobung zu entwickeln.

Die schwedischen Sonderdelegierten haben den kontaktierten Regierungen ein neues Aide-mémoire über den "Detection Club" übergeben, in dessen letzten Absatz es heißt: "Die Beiziehung irgendeiner internationalen Organisation zur Auswertung der zirkulierenden Daten, zum Hinweis auf verdächtige seismische Geschehen oder der Auswahl von Objekten für mögliche Inspektionen ist nicht vorgesehen. Eine solche Beurteilung soll in der nationalen Domäne verbleiben." Damit will Schweden dem Klub einen Status geben, welcher sowohl den Vereinigten Staaten als der Sowjetunion akzeptabel erscheinen muß, weil er die offiziellen Standpunkte der beiden Großmächte in dieser Frage nicht präjudiziert.

Im Mai soll nun in Stockholm auf Einladung der schwedischen Regierung eine internationale Expertenkonferenz stattfinden. Auf der provisorischen Tagesordnung stehen neun Punkte, darunter die Standardisierung der seismographischen Geräte, die Geschwindigkeit des Datenaustausches sowie das künftige gemeinsame Vorgehen.

Nach dem Sturz Nkrumahs  
-----

Der Mann im Hintergrund der ghanaischen Politik

K - Vor Jahren stand sein Name in vielen Zeitungen des Westens als der des Inbegriffs eines afrikanischen Polizeiministers: Krobo Edusei. Als engster Mitarbeiter Nkrumahs verfolgte er unnachgiebig die Opposition. Er trieb es so schlimm, daß ihn selbst der damals noch durchaus auf einen humanitären Anstrich seines Regimes bedachte Diktator nicht in diesem Amt halten konnte. Edusei wurde abgelöst und auf das Amt des Verkehrsminister abgeschoben.

Wenige Jahre später gab es einen neuen Skandal um Edusei: seine Freundin Mary hatte in London ein goldbespanntes Bett für die bescheidene Summe von 30 000 DM gekauft. Zusammen mit dem Rolls Royce des Bonner Ghana-Botschafters Asare füllte auch diese Nachricht die Boulevard-Blätter und gab den Gegnern der Entwicklungshilfe Wasser auf die Mühlen. Eduseis Feinde in Ghana beschuldigten ihn schamloser Bereicherung und Korruption. Nkrumah ließ ihn einige Tage einsperren. Er entthob ihn seines Ministeramtes. Bei einer kurze Zeit später durchgeführten Kabinettsumbildung tauchte der Mann, den man noch immer im Gefängnis wähnte, als neuer Landwirtschaftsminister der ghanaischen Regierung auf.

Der etwas hemdsärmelige und grobschlächtige, aber hochintelligente und immer quicklebende Edusei war ein Brocken, den Nkrumah einfach nicht aus dem Weg räumen konnte. So wenig er sich daraus machte, mit Oppositionsführern und Stammeshäuptlingen wie mit kriminellen Verbrechern umzuspringen, an Edusei hat er sich niemals herangewagt.

Wenige Tag vor dem Sturz des Präsidenten schrieb dieser nach Deutschland, er werde diesmal Nkrumah nicht auf seiner Auslandsreise begleiten, er habe Wichtigeres vor. Leute die ihn kennen, meinen, er habe die Finger mit in dem Putsch der Militärs gehabt, immer in der richtigen Stunde auf das richtige Pferd setzend. Obwohl sein Name mit dem Nkrumah-Regime auf das engste verbunden war, hört man aus seiner Umgebung, die Militärs dächten daran, sobald sie die Regierung wieder in zivile Hände übergäben, Krobo Edusei erneut zum Innenminister zu machen.

Das Geheimnis seiner Unerstbarkeit: Männer seiner Intelligenz sind in den jungen Staaten rar. Weder die von ihnen begangene Korruption noch ihre Brutalität, schadet ihnen daher allzusehr. Vor allem dann nicht, wenn sie, wie Krobo Edusei, der einflußreichste Politiker eines so bedeutenden Stammes wie die Aschanti sind. Den Einfluß der Stämme hat selbst Nkrumah, der in ihnen den Krebschaden Afrikas sah, nicht übergangen können. Wie es scheint, kommen auch die neuen Nachfolger in Ghana nicht darüber hinweg!